

Die Mittelstands-Interpellation des Zentrums.

Reichstags-Sitzung vom 13. März.

Am Tische des Bundesrats: Freiherr vom Stein.

Die Interpellation des Zentrums lautet: Die wirtschaftlichen Verhältnisse des selbständigen gewerblichen Mittelstandes im Handwerk, Kaufmannsstand und der Kleinindustrie, die schon vor dem Kriege sehr schwierig waren, sind durch die lange Dauer des Krieges und die tief einschneidenden behördlichen Maßnahmen noch wesentlich verschlimmert worden. Zu einer leistungsfähigen Wirtschaftspolitik gehört die Erhaltung möglichst vieler selbständiger, lebensfähiger Existenzen im Gewerbebestand. Welche Maßnahmen gedenkt der Reichstagskanzler für den selbständigen Mittelstand zu treffen, um die Schädigung desselben möglichst hintanzuhalten und seinen Wiederaufbau in die Wege zu leiten?

Abg. Jol (Str.): Wir haben nicht nur für den Mittelstand Interesse, auch für alle anderen Bevölkerungskreise. Der Krieg hat bewiesen, daß die kleinen Betriebe ebenso notwendig sind wie die großen. Wir sprechen ausdrücklich von einem lebensfähigen Mittelstande, unsolide Scheinexistenzen wollen wir nicht halten. Die Grenzen des Mittelstandes nach oben und unten sollen aber nicht zu eng gefaßt werden. Die leeren Werkstätten, die leeren Böden in den Straßen reden eine ernste Sprache.

Ein Vorwärtstreben Minderbemittelter darf nicht durch die Behörden und die Kapitalisten unterdrückt werden. In der Landwirtschaft erzeugen die Kleinbetriebe, gegen die sich Dr. August Müller auch gewandt hat, ebenso viel wie die Großbetriebe, und sie sind für den Staat mindestens ebenso wichtig. Rathenau, dessen Verdienste wir gern anerkennen wollen, geht in seinen Ansichten über das so wichtige Gut der selbständigen Existenzen weit hinweg. Sein System wird uns durch deren Unterdrückung viel mehr Schaden als nutzen. In Kleinbetrieben wird auch viel mehr Material gespart als in Großbetrieben. Im Interesse des Mittelstandes lehnen wir diese Gedanken Dr. August Müllers und Rathenaus entschieden ab.

Für den Wiederaufbau des Handwerks bedarf es dreier Dinge: Arbeitsgelegenheit, Rohstoffbeschaffung, Kredit. An Arbeitsgelegenheit wird es nicht fehlen. Die Rohstoffbeschaffung wird wohl am besten durch Genossenschaften erfolgen.

Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts von Stein:

Vor dem Kriege hatte sich im Handwerk manches gebessert. Freundlichere Töne belebten das Bild. Der Krieg hat das von Grund aus geändert, und mit den Fragestellern erkennt die Regierung die Notwendigkeit an, den entstandenen Schäden entgegenzuwirken. Wir hoffen, daß es nur Kriegsschäden sind, die mit dem Kriege von selbst verschwinden werden. In erster Linie ist da die Stilllegung von Betrieben zu nennen, eine Maßnahme, von der wir ja mit aller Bestimmtheit annehmen können, daß sie nur auf den Rohstoffmangel im Kriege zurückzuführen ist. Nach Möglichkeit sind die stillgelegten Betriebe aus Gewinnen der weiterarbeitenden Betriebe schadlos gehalten worden. Trotzdem war die Stilllegung für viele kleine und handwerksmäßige Betriebe eine harte Maßnahme. Bei vielen ist es frag-

lich, ob sie später den Betrieb wieder aufnehmen können. Die Regierung wird alles tun, um diese Sorge von ihnen zu nehmen. Stilllegungen in größerem Umfange werden nicht in Betracht kommen. Auf alle Fälle werden die betroffenen Kreise zu Mite gezogen werden. Die Gewerbetreibenden dürfen ihrerseits nicht vergessen, daß wir mit Arbeitskräften und Rohstoffen, ganz besonders mit der Kohle, sparsam wirtschaften müssen. Unbequemlichkeiten und Schädigungen müssen als vaterländische Pflicht ertragen werden.

Die schwierigste Frage ist die Rohstoffbeschaffung. Hier spielt eine große Rolle das Kriegsamtsamt. Zwei Ansichten über die künftige Bewirtschaftung der Rohstoffe bekämpfen sich. Die eine erwartet alles Heil von der vollen Rückkehr zur Freiheit des Handels, die andere durch den Ausbau der durch den Zwang des Krieges geschaffenen amtlichen oder unter amtlicher Leitung stehenden Stellen. Die tatsächliche Entwicklung wird sich wohl in der Mitte halten. Soweit wir die Rohstoffe nicht genügend im Inlande herstellen, werden wir noch auf absehbare Zeit mit härterer Knappheit zu rechnen haben. Da aber die Bedürfnisse der Bevölkerung gegenüber dem Heeresbedarf mehr in den Vordergrund rücken, wird es nicht mehr nötig sein, alles von Amts wegen anzuordnen.

Eine freiere Selbstverwaltung wird die amtliche Verteilungsmaschine unterstülzen und allmählich ersetzen können und müssen. Ein Teil unseres Volkes hält zäh fest an der Selbständigkeit der eigenen Wirtschaft: der Bauer sowohl wie der Kleinlaufmann und der Handwerker, und der Gedanke der Arbeit und Erwerbsgemeinschaft findet vielfache innere Widerstände. Diese Widerstände müssen überwunden werden, wenn der Handwerker gegenüber dem Fabrikbetrieb dauernd seinen Platz behalten will. Die Möglichkeit muß dazu gegeben werden. Nach hier ist der Krieg ein Lehr- und Fuchtmeister. Die Bildung von leistungsfähigen Lieferungsverbänden muß erleichtert werden, dann müssen ihnen Aufträge zugewiesen werden. Neben der Eröffnung von Kreditmöglichkeiten sollen sowohl für die heimkehrenden Krieger wie für die Kriegserwitwen Beratungsstellen geschaffen werden. Unser Hüter des Reichsschatzes wird sich dem Wunsche nach unmittelbaren Wohltatmaßnahmen gegenüber wohl zurückhaltend verhalten. Die Erfahrungen des Krieges 70-21 weisen darauf hin. Damals hat das Reich für den Mittelstand 12 Millionen aufgewendet, eine für damalige Verhältnisse ansehnliche Summe. Inwieweit das Reich jetzt in der Lage sein wird, in dieser Weise einzugreifen, steht dahin.

Die Reichsverwaltung verfolgt die Mittelstandsfragen mit aufmerksamem Ernst. Wir sind von der Notwendigkeit überzeugt, dem Lande einen gesunden Mittelstand zu erhalten, und wir sind entschlossen, die Wunden, die der Krieg geschlagen hat. Ich hoffe, daß die Verhandlungen hier mancherlei Anregungen bringen werden, damit den beteiligten Kreisen und der Regierung die Aufgabe erleichtert wird, den richtigen Weg zu finden. (Beifall.)

Abg. Brühns (Soz.): Vor dem Kriege wurden wir vielfach als Feinde des Mittelstandes hingestellt. Daran glaubt heute kein Mensch mehr. Tausende von Handwerkern, die im Felde stehen, werden nach dem Kriege sich der Sozialdemokratie anschließen. Für Aufklärung sorgt der Krieg und der Großkapitalismus. Mit schönen Worten ist dem Mittelstand nicht geholfen.

Wenn der Krieg noch bis zum Winter dauert, sind die letzten selbständigen Handwerker bei uns verschwunden. Für die Kriegsbeschädigten hat man nur schöne Worte; die Laten sucht man vergebens. Nach dem Kriege wird man ihr Heldentum schnell vergessen. Der Redner bespricht den Fall Behr-Pinnow: Ich befürchte, wenn die Gerichte sich damit beschäftigen, wird die Sache

ausgehen wie der Fall Philipp in Wiesbaden, wo Freisprechung erfolgte. Das erregt tiefe Mißstimmung im Volke. An den Unternehmern gewinnend bleibt Schweiß und Blut der Arbeiter. Die Daimlergesellschaft hat ungeheure Gewinne eingestekt. Sämtliche Anlagen, die mit mehr als fünf Millionen noch im Vorjahre zu Buche standen, sind bis auf 1 M. abgeschrieben worden. Warum hat man dieses schamlose Treiben nicht verhindert? Das muß tiefe Empörung im Volke erregen. So züchtet man Anarchisten. Die Daimler-Werke haben sogar mit Einstellung des Betriebes gedroht, wenn sie nicht die hohen Preise erhielten. Das ist Erpressung, das ist Hochverrat. Sind solche Kapitalismen schlimmer oder der Straßenräuber?

Abg. Dr. Doormann (F. Up.):

Die Lage des Mittelstandes ist leider bitterernst. Ein Volk ohne selbständigen Mittelstand ist undenkbar. Alle bisherigen wirtschaftlichen Maßnahmen haben die Starken gestärkt, aber die Mittelexistenzen sind zurückgeblieben. Dem Gedanken, durch Gesetze dem Handwerk zu helfen, stehen wir skeptisch gegenüber. Sie können vieles bessern, aber nicht alles leisten. Hier muß die Selbsthilfe eingreifen, namentlich in Form der Genossenschaften, die allerdings nicht zu einer Umschaltung des Handels führen sollen und dürfen. Wir haben noch eine starke Mittelschicht, aber sie wird von oben und von unten benagt, es bröckeln immer mehr Teile von ihr ab. Zweifellos hat kaum ein Stand im Kriege so gelitten, wie der Mittelstand. Von Kriegsgewinnen kann man bei ihm nur in Ausnahmefällen sprechen. Der Krieg unterstützt plutokratische Tendenzen.

Es besteht die Hoffnung, daß die kleinen und mittleren Betriebe sich zu Genossenschaften und freien Vereinigungen zusammenschließen. Ob durch ihre steuerliche Begünstigung gegenüber den Großbetrieben etwas erreicht werden kann, erscheint nach den bisherigen Erfahrungen zweifelhaft. In der Übergangszeit wird wohl das Handwerk genug zu tun haben, aber es muß auch für die spätere Zeit vorgesorgt werden. Von Heer und Marine sind vor dem Kriege schon Aufträge an das Handwerk verteilt worden. Wenn das nur ein Tropfen auf den heißen Stein ist, so liegt die Schuld daran vor allem an einer ungenügenden Organisation des Handwerks. Beruflich ist das Handwerk genügend organisiert, aber nicht wirtschaftlich. Der Handwerksrat wird in Zukunft mit einem großen Mangel an geschulten Arbeitskräften zu rechnen haben, da die noch vorhandenen zum großen Teil in Großbetrieben festgehalten werden. Eine geordnete Kreditverhältnisse kann der Mittelstand keine Aufgaben nicht erfüllen. Die Kreditfrage ist die Krone der Mittelstandsfrage. Der kaufmännische Mittelstand hat am Schwersten gelitten. Hoffentlich wird dem Kleinhandel beim Handelsammergesetz eine angemessene Vertretung geschaffen. (Beifall links.)

Abg. Kägel (ntb.): Die Selbsthilfe reicht nicht aus. Der Staat muß helfen. Bei der Verteilung der Rohstoffe muß das Handwerk ausreichend berücksichtigt werden. Eine strenge Rationierung wird dabei notwendig sein. Die Rohstoffe müssen auf Kredit gegeben werden. Auch zur Beschaffung von Werkzeugen müssen Darlehen gewährt werden. Dabei könnte das Reich vielleicht die Bürgschaft übernehmen. Bei sämtlichen Arbeiten für Heer und Marine muß das Handwerk zugezogen werden. Die Lieferungsverbände müssen erweitert werden. Beratungsstellen sind erforderlich. So wird es möglich sein, den Wiederaufbau des Mittelstandes in die Wege zu leiten.

Das Haus vertagt sich. Donnerstag 2 Uhr: Wetterberatung. Schluß nach 6 Uhr.